
Jenseits der Grenzen des Wandels

Hein Marais

1 Das Marikana Massaker

Als sich der südafrikanische Winter im August 2012 dem Ende näherte, liefen schockierende Bilder um die Welt. Sie zeigten die südafrikanische Polizei, die auf demonstrierende Arbeiter schoss. Die Arbeiter hatten für höhere Löhne in den Platingruben im Nordwesten des Landes gestreikt. Das alles wirkte absurd, geradezu anachronistisch. Einen solchen Gewaltexzess hatte man immer mit dem Apartheidregime in Verbindung gebracht, nicht aber mit dem Südafrika der Postapartheid. Die schwer bewaffnete Polizei feuerte am 16. August mit Faustfeuerwaffen und Selbstladegewehren in eine Gruppe schwarzer Bergleute und machte dafür Notwehr geltend. 34 Arbeiter wurden getötet, 78 verwundet. Es stellte sich später heraus, dass die meisten Arbeiter unbewaffnet waren und dass zwölf in einem Hinterhalt der Polizei niedergeschossen worden waren. Später wurde festgestellt, dass mehrere Opfer in den Rücken geschossen worden waren, einige von ihnen mehrmals (Marinovich 2012). Zehn weitere Menschen, einschließlich Polizisten und privates Sicherheitspersonal, waren bereits in der vorhergegangenen Woche getötet worden. Die Polizei nahm zudem hunderte der Überlebenden fest. Viele berichteten, dass sie im Gewahrsam gefoltert wurden. Vertreter der Anklagebehörde versuchten ein Gesetz der Apartheidära heranzuziehen, um 270 der ArbeiterInnen für die Ermordung ihrer Kollegen – die in Wahrheit von der Polizei erschossen worden waren (BBC 2012) – verantwortlich zu machen. Später zogen sie ihre Anschuldigungen zurück.

Übersetzung von Elfriede Leubolt, Heinz Leubolt und Bernhard Leubolt.

H. Marais (✉)
Geneve, Schweiz
E-Mail: hein@marais.as

Das Massaker schockierte die Öffentlichkeit und bewirkte einen Aufschrei. In größeren Städten wurden Protestmärsche abgehalten und die Medien verurteilten einhellig die Taten. Der Streik breitete sich auf andere Minen aus. Rasch kündigte die Regierung eine unabhängige Untersuchungskommission an, aber Polizei- und RegierungsvertreterInnen wurden nicht zur Verantwortung gezogen, kein Rücktritt erfolgte. Die offiziellen Erklärungen des Bedauerns wirkten berechnet und im Sinne der Selbstrechtfertigung. Der Vorfall von Marikana wurde schnell zum symbolhaften Wendepunkt für das „neue Südafrika“. Für viele BeobachterInnen abseits des herrschenden *African National Congress* (ANC) war das der Moment, als vielen AnhängerInnen des ANC die Augen geöffnet wurden und sich Desillusion breit machte. Sie wiesen auf wachsende Unzufriedenheit hin (was sich jährlich bereits in hunderten von Protesten äußerte) und warnten, dass der ANC bald nicht mehr als Synonym für die Befreiung Südafrikas stehen würde. Die Logik solcher Warnungen wirkt direkt und überzeugend. 18 Jahre Regierung: Der ANC führte eine Gesellschaft an, in der nahezu 40% der Werktätigen arbeitslos sind, mit weltweit einer der größten Einkommensungleichheiten, eine Gesellschaft, in der Korruptionsskandale und andere Probleme die Schlagzeilen dominieren.

Ein Gefühl der enttäuschten Hoffnung hat sich schon seit langem aufgebaut. Bereits nach zehn Jahren nach Ende der Apartheid tauchten Zweifel über die Fähigkeit (bzw. Bereitschaft) des ANC auf, öffentliche Interessen zu fördern und die Ursachen von Unzufriedenheit anzusprechen. Für viele Menschen konnte die Dissonanz zwischen der anerkannten Rolle des ANC als Motor der Befreiungsbewegung und der realpolitischen pragmatischen Positionierung der Partei weder geleugnet noch ignoriert werden. Lokale Proteste wurden so alltäglich, dass manche BeobachterInnen behaupteten, es würde bald zu einem Aufstand kommen. Die Vorstellung von Südafrika als weltweitem Protestzentrum wurde zum Mantra der Linken. Die Proteste wiesen auf Schwachstellen hin, die der ANC selbst nicht leugnete. Sie offenbarten den vielfach wenig effizienten Staat und das gleichgültige Verhalten vieler LokalpolitikerInnen und BeamtenInnen. Sie zeigten aber auch auf ernste organisatorische Schwächen: Auf lokaler Ebene löste sich die Basis des ANC langsam auf. Nicht nur waren ANC-dominierte lokale Verwaltungen unorganisiert und vielfach unterfinanziert. Oft waren auch die Strukturen von lokalen Parteiorganisationen nicht imstande, das aufkommende Unbehagen in der Bevölkerung zu verhindern oder zu beruhigen. Das alles stellte die Fähigkeit des ANC in Frage, in den Wahlkreisen Autorität und Zustimmung, geschweige denn Loyalität zu erhalten. Die chronische soziale Instabilität, so schien es, war weit größer als erwartet.

Auch in anderen Bereichen war die wachsende Unzufriedenheit zu erkennen. Seit den ersten demokratischen Wahlen 1994 erzielte der ANC beachtliche Mehrheiten. Aber bei genauerer Prüfung des Wahlverhaltens war zu erkennen, dass die Vorherrschaft des ANC abnahm. 2004 war der Prozentsatz der NichtwählerInnen im Vergleich zu 1994 um mehr als 300% gestiegen. So übte etwa die Hälfte der wahlberechtigten SüdafrikanerInnen 2004 tatsächlich ihr Wahlrecht aus und der Prozentsatz der Wahlberechtigten, die den ANC wählten, sank von 94% (1994) auf 40% (2004). Dieser Trend setzte sich bei

den Wahlen 2009 fort (vgl. auch Spiess in diesem Band). Diese Entwicklungen betrafen jedoch nicht nur den ANC. Alle Parteien mussten einen Rückgang an Unterstützung hinnehmen. Das wies (v.a. unter jungen ErstwählerInnen) auf eine zunehmende Abkehr von formeller Politik hin, aber nicht unbedingt auf die Abkehr von Politik im Allgemeinen wie die zunehmenden lokalen Protestbewegungen zeigten.

Zunächst waren die ANC-Führungspersonen von diesen Entwicklungen schockiert. Schließlich gingen sie davon aus, dass sie lebensverbessernde Veränderungen erzielten. Der Zugang zu Wohnen, Schulbildung und Gesundheitsvorsorge, Wasserversorgung, verbesserten Sanitärbedingungen und Elektrizität hatte sich merkbar verbessert. Amtliche Statistiken zeigten, dass Ende des Jahres 2000 ca. 1600 Gesundheitszentren (*healthcare clinics*) gegründet und die Hälfte der 400 öffentlichen Krankenhäuser runderneuert worden waren. Gesundheitseinrichtungen mit Erstaufnahme wurden intensiv in Anspruch genommen. Mehr als 90 % der Schwangeren suchten zumindest einmal eine pränatale Klinik auf und ca. 80 % brachten ihre Kinder in einer Gesundheitseinrichtung zur Welt. Zumindest 80 % der Kinder erhielten bis zum vollendeten 1. Lebensjahr einen umfassenden Impfschutz (Bradshaw et al. 2008 und Burchardt in diesem Band). Trotz eines leichten Rückgangs des ständigen Wirtschaftswachstums bis 2009 weitete sich die Entwicklung der Infrastruktur in den 2000ern aus, und organisatorische Maßnahmen erfolgten zur weiteren Ausweitung der staatlichen Dienstleistungen. Systeme der lokalen Verwaltung wurden reorganisiert, der Finanzausgleich unter den Regierungsebenen wurde neu organisiert und ein effizienteres System der lokalen Entwicklungsplanung wurde entworfen (Gwagwa und Everatt 2005).

Aber die erzielten Fortschritte wurden durch zunehmende Bedürfnisse gedämpft. Beispielsweise verdoppelte sich der Prozentsatz der Haushalte mit Wohnbeihilfe zwischen 2002 und 2008 von 5,6 % auf 11,2 %. Dennoch blieb der Anteil der Haushalte in „informellen“ Behausungen (13 %) praktisch gleich, da die Migration in die Städte stärker wurde und sich Haushalte in kleinere Einheiten aufteilten (Statistics SA 2009). Auch Kosteneinsparungsmaßnahmen und die Umsetzung der Versorgung von Grundbedürfnissen unterminierten die Zuwächse. Oft kam es zu Wasser- und Stromabschaltung bzw. Rationierung infolge von Zahlungsverzug, was wiederum die positiven Auswirkungen der öffentlichen Sozialprogramme minimierte. Beispielsweise haben arme Haushalte ein Anrecht auf einen kostenlosen jedoch geringen monatlichen Wasserbezug. Viele Gemeinden konnten jedoch diese kostenlosen Dienstleistungen aufgrund fehlender Ressourcen nicht liefern (CALS 2008)¹. Oft fehlte es den Lokalbehörden an Management-, Führungs- und Kommunikationsfähigkeiten. Folglich gab es Defizite und Unregelmäßigkeiten im Infrastruktur- und Servicebereich, was den Eindruck von Günstlingswirtschaft und Ungerechtigkeit verstärkte. Der ANC hat die Existenz dieser Probleme zwar zugegeben, aber nur wenige konnten behoben werden. Die Proteste waren eine symptomatische Reaktion auf

¹ Wasserversorgung ist kostenlos und allgemein. Viele Gemeinden aber versorgen nur Haushalte, die ihre Bedürftigkeit nachweisen.

die Ineffizienz der Lokalverwaltung und für den Kampf um Macht, Ressourcen und Rechte. Viele dieser Unruhen stellen demokratische Impulse dar, um welche sich sowohl der Staat als auch der ANC bemühten. Aber einige dieser Proteste deuten auch auf ein Paradox hin: Sie scheinen einerseits eine Reaktion auf das Ausbleiben von staatlichen Dienstleistungen und Rechten zu sein. Andererseits entspringen sie aber auch dem nur teilweisen Erfolg dieser Maßnahmen und dem Gefühl, dass sie nicht fair verteilt wurden.

2 Sozio-ökonomische Entwicklung in Südafrika – eine komplexe Geschichte

Im Folgenden geht es um eine vielseitige Geschichte, welche die Ungeduld und Entrüstung eher gefördert als gedeckelt hat. Sie spielt sich vor einem noch trostloseren Hintergrund ab. Die Verhältnisse im Gesundheitssektor hatten sich seit Mitte der 1990er dramatisch verschlechtert. Ein Jahrzehnt später waren sie allerdings noch schlechter als in vielen anderen einkommensschwachen Ländern (Coovadia et al. 2009). Vieles davon ist auf historische Gegebenheiten zurückzuführen. Die Lebenserwartung lag 2008 bei 52 Jahren – unter der von 1996. Die Kindersterblichkeit war höher als im Irak (Kapp 2009) und die Müttersterblichkeitsrate war schlechter als in den frühen 1990ern. Schuld daran waren auch größtenteils AIDS- und TBC-Epidemien sowie die stümperhafte Art ihrer Bekämpfung. Um 2005 gingen daran mehr als 200.000 SüdafrikanerInnen zugrunde – die Mehrheit von ihnen schwarz und arm².

Beinahe zwei Jahrzehnte nach Ende der Apartheid lebte nahezu die Hälfte der Bevölkerung in Armut. Die Ungleichheit hatte sich vergrößert und es war praktisch unmöglich einen Job zu finden, wenn man schwarz, jung und – noch schwieriger – eine Frau war. Lohnarbeit, besonders formale und gerecht entlohnte Arbeit, ist seit langem Luxusware in Südafrika. Der ANC erwies sich als unfähig diesen Trend aufzuhalten. Hinzu kommt eine Arbeitslosenrate von über 35 % – die angegebene Zahl beinhaltet Bettler-, Parkplatzwächter und StraßenmusikerInnen. Mehr als die Hälfte der jungen AfrikanerInnen hat nie eine entlohnte Arbeit gehabt, 40 % der arbeitslosen schwarzen Beschäftigten waren mindestens 3 Jahre ohne Arbeit und nur etwa ein Drittel der schwarzen Frauen haben ein Arbeitseinkommen (Kingdon und Knight 2005; Statistics SA 2005).

Trotz beachtlicher Verbesserungen im Arbeitsrecht ab Mitte der 1990er Jahre haben die Menschen mit Arbeit aber genauso Probleme (vgl. den Beitrag von Pons-Vignon und di Paola in diesem Band): Die Reallöhne der afrikanischen ArbeiterInnen stagnierten von 1995 bis 2005, während jene von weißen ArbeiterInnen anstiegen. Beihilfen und Ansprüche schrumpften, das Outsourcing nimmt zu. Lohnerhöhungen gingen hauptsächlich an gewerkschaftlich Organisierte und an FacharbeiterInnen. Die Reallöhne von ArbeiterInnen ohne tertiäre Qualifikationen sanken zwischen 1995 und 2005 um 20 % (Banerjee et al.

² Für eine ausführlichere Darstellung vgl. Marais (2011).

2006; Meth 2007). Wie in so vielen anderen Ländern ist der Lohnanteil am Sozialprodukt gefallen, während der Profitanteil angestiegen ist. Im Vergleich zum Nationaleinkommen fiel zwischen 1993 und 2004 die Lohnquote von 57 % auf 52 % (Makgetla 2005).

Bei stagnierenden Jobs und Löhnen stiegen die Armutszahlen während eines Großteils der Postapartheidära, LohnarbeiterInnen mit eingeschlossen. Dieser Trend geht auf die letzten 15–20 Jahre des Apartheidsystems zurück, in denen eine beträchtliche Einkommensumverteilung von den unteren auf die oberen Einkommensschichten erfolgte. Zwischen 1975 und 1991 sanken die Einkommen der ärmsten 60 % der Bevölkerung um etwa 35 %, weitere 1,7 bis 2,3 Mio. schlitterten zwischen 1995 und 2002 in die Armut. Diese Verarmung konnte letztlich nicht durch das Wirtschaftswachstum aufgefangen werden, eher durch eine dramatische Ausweitung des Systems sozialer Beihilfen: 2,6 Mio. Menschen bekamen im Jahr 1994 Renten und andere Sozialbeihilfen. Im Jahr 2003 waren es bereits 5,85 Mio. Menschen und 2011 mehr als 15 Mio. (siehe auch Leubolt in diesem Band)³.

Auf das System der Sozialbeihilfen ist nicht jeder im ANC stolz. Einige VertreterInnen bezeichnen die staatlichen Beihilfen als Almosen, machen sich Sorgen um Abhängigkeit und verstehen diese eher als Lückenfüller, die bei greifenden Wirtschaftsprogrammen zurückgenommen werden sollten. Aber heutzutage wäre wahrscheinlich ein Großteil der Haushalte ohne das ausgedehnte Renten- und Beihilfensystem ruiniert. Es ist ein moralischer und, wie wir sehen werden, politischer Imperativ. Obwohl Wohlfahrtsmaßnahmen als ein schwacher Puffer wirken, werden sie von anderen Trends überschattet. Armut ist unter schwarzen SüdafrikanerInnen übermäßig verbreitet. Zudem stiegen bis Mitte der 2000er die Einkommen der weißen Haushalte – so hat sich die Einkommensverteilung insgesamt sogar verschlechtert. Nach Einschätzung der *Statistics South Africa* erhielten die ärmsten fünf Mio. SüdafrikanerInnen ungefähr 0,2 % des Nationaleinkommens, während die reichsten 5 Mio. 51 % des Nationaleinkommens für sich verbuchen konnten. In den späten 2000er Jahren stand der Gini-Koeffizient bei 0,8 – wahrscheinlich der schlechteste Wert weltweit. Aber diese Ungleichheit entsprach nicht mehr genau den Rassen-Disparitäten der Kolonialzeit oder der Apartheid. Die Ungleichheit innerhalb der Gruppen hat sich auch dramatisch vergrößert und 2005 war sie unter Schwarzen am höchsten. Während Rassismus zurückging, manifestieren sich Ungleichheiten zunehmend zwischen Klassen. Auch als das Wirtschaftswachstum wie in 2005 beschleunigte trug der Markt wenig von dieser Dynamik in den Alltag der armen sozialen Schichten. Vor diesem Hintergrund von Unsicherheit und zunehmend geäußerter Unzufriedenheit wurden erweiterter sozialer Schutz und öffentliche Arbeitsprogramme zwingend notwendig. Die privilegierten Gesellschaftsschichten murren über die Abhängigkeit der Armen von Wohlfahrtseinrichtungen, aber der ANC ist von dem System politisch extrem abhängig geworden.

³ Diese Trends haben höchst interessante Debatten unter Statistikern und Kommentatoren hervorgerufen (siehe Marais 2011).

3 Versuche der Parteierneuerung

Eine wachsende Litanei von Korruptionsskandalen und misslungenen Regierungsmaßnahmen trübte immer stärker den Ruf des ANC. Am verhängnisvollsten waren der Waffendeal der späten 1990er Jahre⁴ und die Weigerung von Seiten der Regierung, ein öffentliches Programm zur Verteilung von lebenserhaltenden antiretroviralen Medikamenten für HIV-PatientInnen einzuführen. Beides waren Debakel, die hauptsächlich dem Nachfolger von Nelson Mandela, Präsident Thabo Mbeki, zuzuschreiben sind. Für viele zerbrach zunehmend der afrozentrierte Idealismus, den Mbeki 1999 anfangs noch in das Amt eingebracht hatte.

Öffentliche Proteste sowie interne Abstimmungs- und Befragungswerte zeigten deutlich, dass die Legitimität des ANC unter schwarzen SüdafrikanerInnen zunehmend ins Schwanken geriet. Das machte spürbare Reformmaßnahmen mit dem Ziel notwendig, ein weiteres Erodieren der ANC-Vorherrschaft zu vermeiden. Da so viel Unzufriedenheit dem ANC in seiner Rolle als politischer Organisation, aber auch in seiner Regierungsfunktion zusetzten, kam es zu einer Art Exorzismus: Alle Schuld wurde dem niedergeschlagenen und „entehrten“ Mbeki angelastet. Das diente als Basis für eine Wiederbelebung der vom ANC noch immer hochgehaltenen „national-demokratischen Revolution“. Im Grunde war der Zuma-Mbeki Kampf ein Versuch, den Strudel der Unzufriedenheit im und rund um den ANC von der Organisation als solcher abzulenken. Der ANC brauchte einen Schuldigen und Mbeki, wie auch seine geschmähten Ja-Sager, passten ausgezeichnet in diese Rolle. So setzte das nationale Exekutivkomitee des ANC (NEC) Mbeki im September 2008 auch als Parteivorsitzenden ab. Er reagierte mit einer Abspaltung vom ANC und gründete den *Congress of the People* (COPE). Nach den vierten demokratischen Wahlen des Landes wurde Zuma zehn Monate später Präsident.

Dieser Machtkampf und der folgende Triumph Zumas war möglicherweise das größte Polit-Theater, das SüdafrikanerInnen jemals erlebt haben. Zuma umgab ein vielseitiges Interessengelage: Es reichte vom geachteten Verbündeten des ANC, dem *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) zur südafrikanischen Kommunistischen Partei über kalt gestellte PolitikerInnen bis hin zu habgierigen Eliten, die ihren Anteil am Futtertrog des Staates suchten. Aber Zumas Kampagne nutzte die große Unzufriedenheit und Orientierungslosigkeit im und um den ANC, welche die neuen Protestbewegungen Südafrikas nicht zu mobilisieren oder zu kanalisieren vermochten, für eine Reinigung und Erneuerung des ANC zu nutzen.

Von Anfang an versuchte die Zuma-Administration den Staat als Diener am Volk darzustellen. Schnelle Verbesserungen und Umsetzungen auf allen Gebieten wurden versprochen. Man hoffte, der ANC würde den Einfluss auf das Staatsgeschehen vergrößern und progressive Veränderungen einleiten. Diese Illusion war schnell verblasst, nicht aber die sozialen Unruhen. Das Problem des ANC war, dass viele Ursachen für den Frust nicht nur die Präsidentschaft Mbekis betrafen, sondern den ANC als Organisation an sich, die ja

⁴ Ausführlich dokumentiert und diskutiert bei Gevisser (2007) und Feinstein (2007).

den Staat geleitet hatte und für die Regierungspolitik verantwortlich war. Das historische Erbe kann für einiges verantwortlich gemacht werden. Dennoch: Auch wenn der ANC ein schlechtes Blatt erhalten hatte, er hatte seine Karten auch schlecht ausgespielt. Versuche der materiellen Verbesserungen für die Mehrheit der SüdafrikanerInnen wurden – oft bewusst – gekoppelt mit einer Politik, die korporative Interessen förderte. Es wurden lebensverbessernde Veränderungen für wichtige Teile der Gesellschaft erzielt, aber sie geschahen unter Bedingungen und in einer Wirtschaft, die systematisch Armut und Ungleichheit fortpflanzt. Die zugrundeliegende Krise bleibt ungelöst. In gewisser Weise wurde sie noch verschärft (vgl. Leubolt in diesem Band).

4 Aus der Sackgasse zum Durchbruch

Die Linke hat es sich zur Gewohnheit gemacht, eine solche Transformation mit Ausdrücken wie „Ausverkauf“, „Verrat“ oder „Raub“ am Befreiungskampf zu belegen. Wenn das aber stimmte, wären die historischen Einflüsse weitaus schwächer: Richtungsweisende, aber zerstörerische Maßnahmen hätten eine viel kürzere Laufzeit. Was der ANC in Führungsposition verantwortet – obschon sichtlich unfähig entscheidend zu gestalten – sind ständige Gefechte zur Lösung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Widersprüche, die in den 1970ern an die Oberfläche drangen. Südafrikas Befreiung erfolgte weitaus weniger durch einen großen Umbruch, als es den Anschein hatte. Eine kurze Klarstellung scheint angebracht.

Im letzten Jahrzehnt der Apartheid wurde deutlich, dass die politische Krise der späten 1970er nicht zu lösen war. Justierungen wurden versucht, aber es mangelte an Überzeugung und Einsatzkraft. 1986–1987 war ein Endpunkt erreicht. Die Demokratiebewegung war in der Lage, die halbherzigen Modernisierungsversuche zu blockieren, sie war aber unfähig die alte Ordnung zu beenden. Der Apartheidstaat wiederum konnte den Widerstand unterdrücken, aber nicht brechen. Zudem war das Regime nicht imstande, die erforderlichen tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Reformen einzuleiten. Eine umfassende politische Erneuerung war aber notwendig: Politische und wirtschaftliche Eliten waren sich im Klaren, dass jede ernst gemeinte Alternative auch eine Annäherung an die Demokratiebewegung des ANC bedeutete. Damit waren große Risiken verbunden, aber der ANC beherrschte seine Rolle in mehrfacher Hinsicht: Der ANC hatte Legitimität durch seine Bekanntheit. Zudem schien er in der Lage zu sein, den notwendigen sozialen Zusammenhalt zu schaffen. Es gab außerdem Anzeichen dafür, dass seine radikaleren Fraktionen in Schach gehalten werden konnten.

Politische Verhandlungen entwickelten sich von geheim gehaltenen Treffen in Nachbarländern zu einem offenen, nervenaufreibenden Dialogprozess, der 1993 in einem Abkommen mündete. Anstatt die Macht an sich zu reißen, handelte die Demokratiebewegung einen rechtmäßigen Übergang zur Demokratie aus. Anstatt den Staat zu übernehmen und radikal umzustrukturieren ordnete sie sich in ein neues System ein. Anstatt eines gesellschaftsbeherrschenden Staates gründete sie einen, der nur zaghaft in die Gesellschaft

eingebettet war. Besonders der ANC schien schlecht für die neuen Gegebenheiten vorbereitet zu sein. Sichtlich war Antonio Gramsci nicht Teil der parteiinternen politischen Bildungslektüre. Auch hatte die Ausbildung von radikalen WirtschaftstheoretikerInnen keinen Vorrang. Unter diesen Umständen war die Performance des ANC durchaus bewundernswert. Er baute rechtsstaatliche Strukturen auf, entschärfte politische Spannungen, verwandelte ein kafkaeskes Durcheinander von staatlichen Einrichtungen und schaffte eine solide Gesetzesbasis für den Wandel zum Fortschritt.

Südafrikas Business-Eliten hatten sich mittlerweile intensiv bemüht, einen Weg zur politischen Befriedung anzubahnen, war aber gleichzeitig intensiv bestrebt, den ANC nichts anderes als einen für sie akzeptablen Wandel einleiten zu lassen. Sie wollten einen politischen Rahmen, der es ihnen ermöglichen würde, ihren Besitzstand und ihre Handlungsweisen im von ihnen als richtig angesehenen globalen Wirtschaftssystem neu zu strukturieren und das Risiko möglicher Interventionen einer demokratischen Regierung zu reduzieren. Die Konzerne (*corporate capital*) erreichten die meisten dieser Ziele. Wie das genau vor sich ging, wurde aus unterschiedlichen Blickwinkeln dargestellt (Bond 1999; Gevisser 2007; Gumede 2005; Hirsch 2005; Terreblanche 2012). Diese Bemühungen gipfelten schließlich 1996 in eine Strukturanpassungsstrategie. Dieser GEAR-Plan (*Growth, Employment and Redistribution*) folgte den Reformen neoliberaler Orthodoxie. Die Bedingungen für die Umwandlung wurden durch das heimische und das internationale Kapital festgelegt. Für den ANC war das ein großes Wagnis. Die Belohnung, so wurde versichert, würde ein starkes Wirtschaftswachstum sein. Unternehmensförderung würde für neue Arbeitsplätze und ein „diszipliniertes“ Programm sozio-ökonomischer Erholung mit Hilfe von starkem Binneninvestment sorgen. Man wies auch auf mögliche Rückkopplungen zwischen unternehmerischen Ambitionen und dem Entstehen einer schwarzen Wirtschaftselite hin. Ein oberflächliches Verständnis der Erfahrungen der asiatischen „Tigerstaaten“ Singapur, Südkorea und Taiwan übte großen Einfluss aus. Das Ziel war ein *Win-Win* Szenario, ein „Mittelweg“, auf dem sich positive Veränderungen auf einem festen Fundament von Wirtschaftswachstum sowie politischer und gesellschaftlicher Stabilität aufbauten.

5 Eine aus den Fugen geratene Wirtschaft

Man vergisst leicht, dass die südafrikanische Wirtschaft in den frühen 1990ern aus den Fugen geraten und in mancher Beziehung Reformen nötig waren. Bislang war der Wirtschaftssektor nahezu ausschließlich in weißen Händen und war dominiert von gewichtigen und unflexiblen Konglomeraten, die sich unbedingt modernisieren und in den globalen Markt einsteigen wollten. Aber noch viel grundlegender: Es eine Wirtschaft, die vom sogenannten MEC (*Minerals-Energy Complex*; vgl. Fine und Rustonjee 1996) getragen wurde. Dieser umfasst eine Kerngruppe von Industrien um große Bergbau- bzw. Energieversorgungsunternehmen und nachgelagerte Sektoren. Der MEC beherrscht durch sein wirtschaftliches Gewicht nicht nur den Kernbereich der südafrikanischen Wirtschaft, sondern die Gesamtwirtschaft (Fine und Rustonjee 1996, S. 91 und Claar in diesem Band).

Auf dieser Grundlage war eine sehr einseitige und nicht diversifizierte Industrialisierung entstanden. In Fragen von Investitionen und infrastrukturellen Grundsatzentscheidungen wurde der MEC bevorzugt. Daneben entwickelte sich die Produktion von kurzlebigen Konsumgütern und es gab vereinzelte Ansätze zur Produktion von mittelfristigen Konsum- und Kapitalgütern. Was aber wie eine Importsubstituierende Industrialisierung aussah, waren in Wahrheit schlecht koordinierte und regellos geförderte Unternehmensraubzüge ohne soliden Bezug zu den Kernbereichen der Wirtschaft. Die hauptsächlichen wirtschaftlichen Maßnahmen begünstigten die zentralen MEC Sektoren auf Kosten einer industriepolitischen Diversifizierung, die aus der Rohstoffabhängigkeit des Landes hätte führen können. Dieses Muster herrschte in den 1980ern vor, als die Apartheidkrise eine umfassende Reform verhinderte und auch in den 1990ern, als die Wirtschaftsliberalisierung dominierte. Allgemein begünstigte dieses Muster eine kapitalintensive Produktion, was eine begrenzte Aufnahme des Überhangs an ArbeiterInnen bedeutete (vgl. Schmoch/Kahn zu Innovationspolitik und Pons-Vignon/Di Paola zu Arbeit in diesem Band).

Wirtschaftliche Strukturanpassungsmaßnahmen in der Mitte der 1990er Jahre brachten nur ein mäßiges wirtschaftliches Wachstum⁵ und in den frühen 2000ern etwas Beschäftigungswachstum. Aber es wurde allmählich klar, dass das Wirtschaftswachstum von einem globalen Immobilienboom und euphorischer heimischer Kreditausweitung⁶ getragen wurde. Zwischen 1994 und 2008 wuchsen die Produktivsektoren Südafrikas jährlich um 2,9%, aber die konsumorientierten um 7,7%. Die Zunahme der Beschäftigung war bescheiden: Es entstanden ca. drei Mio. Jobmöglichkeiten außerhalb des Bergbau- und Agrarsektors (in dem die Zahl der Nettojobs abnahm). Nahezu ein Drittel der Arbeitsstellen wurden in informellen und anderen schlecht regulierten Wirtschaftssektoren geschaffen, und ein beachtliches weiteres Drittel entstand durch Änderungen in der Definition und Erfassung von Arbeitslosigkeit (Casale et al. 2005; Seekings 2006).

Das Anwachsen der privaten Investitionen brachte keine sichtbaren Erfolge in der produktiven Wirtschaft. Das zentrale Ergebnis der Restrukturierung äußerte sich in gewaltiger Kapitalflucht. Zugleich erfolgte eine Restrukturierung und Internationalisierung der größten Unternehmen Südafrikas, besonders im Finanzsektor und im MEC. Die Grundstruktur der Wirtschaft wurde dadurch konsolidiert, mit zwei wichtigen Ausnahmen. Einmal expandierte der Finanzsektor massiv, mit einem Anstieg von etwa 6,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in 1994 auf 20% 2009 (Mohamed 2010). Zweitens förderte die Liberalisierung der Wirtschaft Investitionen von spekulativem Kapital, einer Entwicklung, die in wachsendem Maß die Hände des Staates in Bezug auf wirtschaftliche Strategien

⁵ Der jährliche Zuwachs des BIP folgte in den 2000ern dem globalen Trend der Länder mit durchschnittlicher Einkommensstruktur, aber er bewegte sich merklich unter dem Durchschnitt, bei unter 3% in den Jahren 1994–2003 und um die 5% 2004–2007, bevor er abstürzte.

⁶ Der Prozentsatz der Verschuldung privater Haushalte gegenüber dem Gesamteinkommen aller Haushalte stieg von 50% im Jahr 2002 auf 80% im Jahr 2007, während der Prozentsatz der Ersparnisse privater Haushalte gegenüber dem Gesamteinkommen Mitte der 2000er Jahre negativ wurde. Nur ungefähr 10% der privaten Kreditausweitung floss in den 2000er Jahren in produktive Investitionen.

binden sollte. Das Machtgleichgewicht änderte sich weiter in Richtung Kapital, besonders in jenen Sektoren, die sich mit Erfolg stärker in den Weltmarkt eingliederten. Teile des Staats – und verhängnisvollerweise des ANC und seiner anwachsenden Phalanx von Unternehmenspartnern – wurden nachhaltig in diese Abläufe verwickelt. Südafrika zeigt sich schließlich als Musterbeispiel neoliberaler Globalisierung: Die Restrukturierung des nationalen Marktes und vitaler Sektoren des Staates in Allianzen mit dem internationalen Kapital.

Andere wirtschaftspolitische Programme haben nun sichtlich den GEAR-Plan (s.o.) überlagert. Aber die entscheidende Stoßrichtung der ökonomischen Transition bleibt weitgehend unverändert, unbeschadet der Anstrengungen der linken Verbündeten des ANC und der mangelhaften und unergiebigsten Verbesserungen des Arbeitsmarktes und des allgemeinen Wohlstands. Trotz allen oberflächlichen konsumorientierten Glanzes verbleibt die Wirtschaft in der Stagnation. Sie ist weiterhin in höchstem Grad abhängig von Rohstoffexporten zugunsten ausländischen Profits und bedient sich kurzfristiger Kapitalimporte (die mit hohen Zinsraten angelockt werden), um die laufenden Kosten zu decken. Anstelle einer neuen „nationalen Bourgeoisie“, die fähig wäre, Wachstum und Entwicklung im Industriebereich zu bewirken, wurde eine einflussreiche profitorientierte schwarze Elite mit Hilfe des BEE (*Black Economic Empowerment*) herangezogen. So wie die Businesseliten glänzt die Schicht der Neureichen mit prunkendem Konsum, aber anders als bei den genannten Eliten entspringt der Großteil ihres Reichtums aus ihren Verbindungen zum herrschenden ANC. Das hat eine starke Lobby, im und um den ANC gegen einen radikalen Wandel hervorgebracht. Inzwischen beflügeln die Verstrickung des ANC (über seine Investmentverbindungen) und der beachtlicher Anteil seiner AmtsträgerInnen in Unternehmen die Logik und die Imperative des Markts. Einflussreiche Gruppierungen des ANC haben eine Sympathie für eine Politik entwickelt, die den Markt über die Gesellschaft stellt.

6 Ein Balanceakt

Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklung entstand eine Regierungspartei, die nicht glaubwürdig vertreten kann, weiterhin die Behüterin und Managerin eines umfassenden „Projekts der Befreiung“ zu sein. Der ANC beherbergt ein äußerst weitreichendes Spektrum an Interessen, Ideologien und Ideen. Verstärkt werden nunmehr bestimmte Ziele und Ambitionen mit Macht durchgesetzt, die oftmals denjenigen Idealen zuwiderlaufen, die dem ANC überragenden Einfluss einbrachten. Das führt zu einem extrem schwierigen, vielleicht sogar unmöglichen Jonglierakt, insbesondere in einer Gesellschaft, die so zersplittert und widersprüchlich wie die südafrikanische ist. Der ANC hat noch immer genügend Ansehen und Ressourcen, um seine Vorherrschaft aufrecht zu erhalten. Aber dessen politische Autorität und die Fähigkeit, effektiv zu regieren und fortschrittlichen Wandel zu bewirken, sind weitgehend in Frage gestellt.

Das Zuma/Mbeki-Drama brachte dem ANC etwas Atempause, die von der Partei auch teilweise positiv genutzt wurde. Die AIDS- und TBC-Kampagnen der Regierung wurden überarbeitet und zeigen bereits erfolgreiche Ansätze zur Bekämpfung der beiden Epidemien. Ein massiver Einsatz antiretroviraler Therapie und verbesserte TBC-Behandlung führten zur Verbesserung der Lebenserwartung seit 2010 von 56,5 auf 60 Jahre⁷. Zudem wurde das Sozialhilfesystem ausgeweitet, ein öffentliches Bauprogramm begonnen und eine neue Industriestrategie entworfen worden (siehe auch Schmoch & Kahn in diesem Band). Aktuell wird ein ambitioniertes Gesundheitsversicherungssystem eingeführt, das eine allgemeine und kostenlose Gesundheitsbetreuung für die gesamte Bevölkerung garantiert. Aber die Wirtschafts- und Finanzpolitik hat keine Veränderung erfahren: Die Finanzliberalisierung schreitet voran und bringt die Wirtschaft immer stärker in ein ungezähmtes, anfälliges globales Finanzsystem. Wie in vielen anderen Ländern üblich, übt die Finanzverwaltung uneingeschränkte Macht im Staat aus und bleibt im Wesentlichen dem neoliberalen Konzept eng verbunden.

Exorbitante Ungleichheiten entstehen immer wieder, nahezu die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut im reichsten Land Afrikas. Ungefähr 30 % der SüdafrikanerInnen erhielt 2011 Sozialhilfe (gegenüber 13 % im Jahr 2002). Alles in allem waren in den späten 2000er Jahren Renten, Beihilfen und Cash Transfers die Haupteinnahmequellen für beinahe 40 % der schwarzen Haushalte (Statistics SA 2008b). Ein Wohlfahrtssystem dieses Ausmaßes ist in Ländern mit mittlerem Durchschnittseinkommen selten. Aber die Wirkung sollte nicht überbewertet werden: Die derzeitigen budgetären Zuwächse für Sozialhilfen halten nicht mit der Inflation Schritt.⁸ Sogar unter Einschluss der Sozialhilfe betrug der Gini-Koeffizient in Südafrika in den späten 2000ern 0,73 (Statistics SA 2008a). Inzwischen ist der *Wealth Market Index* des Landes (Menschen mit einem steuerlich erfassten Einkommen über 1 Mio. Rand, d.h. ca. US\$125.000) ständig angewachsen: Während der Wirtschaftskrise 2009–2010 im Durchschnitt um 23 % und um 31 % im Jahr 2011.⁹

Die Gegenüberstellung von Prekarität und Unsicherheit mit prunkenden Privilegien erzeugt eine Welle von Hass, Verbitterung und Widerstand. Das Problem ist nicht einfach „Armut“, als Mangel verstanden, sondern ein Zustand exzessiver Ungleichheit, der ein überbordendes Gefühl von Ungerechtigkeit anheizt. Das auffallende, höchst explosive Gefühl im heutigen Südafrika ist gewissermaßen die Empfindung von Unfairness. Unter solchen Bedingungen ist es für eine führende politische Formation und den Staat, den sie regiert, eine enorme Herausforderung, Legitimität und Autorität zu wahren. Wohl sind schnelle und teure materielle Verbesserungen möglich, aber nur innerhalb unerbittlich harter Grenzen.

Es ist nicht allein eine Frage politischen Willens. Viele der erhofften Veränderungen, die die Befreiungsbewegungen vorantrieben, scheinen im Rahmen der gegenwärtigen

⁷ Medical Research Council (2012), S. 16.

⁸ Paul Berkowitz, ‚Budget 2012: Cosatu wins, everyone else loses‘, Daily Maverick, 28 February 2012.

⁹ ‚Number of wealthy in SA up by 31 %, says Treasury‘, Business Day, 22 October 2012.

Wirtschaftspolitik nicht realistisch. Die grundlegende Struktur der südafrikanischen Wirtschaft und der kümmerliche, unsichere Entwicklungsstand der Industrialisierung sind ein Beispiel für die begrenzten Möglichkeiten, durch Lohnarbeit eine brauchbare Basis für Wohlstand zu schaffen. Liberalisierungsreformen der letzten 20 Jahre hatten einen ähnlichen Effekt, denn sie unterminierten die Entschlossenheit des ANC und schwächten die staatliche Dynamik, auf die Stärkung des Wohls der Benachteiligten hinzuwirken. Diese Dynamik ist nicht erschöpft, aber sie ist nicht mehr intensiv genug. Wenn aber die Enttäuschung strikt auf den ANC gerichtet ist, ergibt sich eine entscheidende Frage: Wie ist es möglich, dass eine Befreiungsorganisation in Koalition mit einer großen, dem Namen nach sozialistischen Gewerkschaft und einer gut organisierten Kommunistischen Partei die Politik und Handlungsweisen konservativer Sozialdemokratien übernimmt und so stur verfolgt?

COSATU bleibt die größte, bestorganisierte und mit den meisten Ressourcen ausgestattete Sozialbewegung im Land. Es ist ihr jedoch nicht gelungen, Motor eines zielbewussten sozialen Wandels zu sein. In der eigenen Einschätzung hat sie Einfluss auf Themen, die nichts mit ArbeiterInnen zu tun haben, es sei denn, es handelt sich um „*worker issues on the ground and to influence government to change policies that affect workers*“¹⁰. Es ist ein fundamentales Problem, dass es Südafrika an soliden Grundlagen zu einer korporatistischen *Win-Win-Situation* mangelt. Das ist nicht überraschend, wenn man die Zustände von Massenarbeitslosigkeit auf einem zunehmenden „grauen Arbeitsmarkt“¹¹, von gebremstem Wirtschaftswachstum (dessen Vorteile extrem ungleich verteilt sind) und dem überbordendem Anwachsen der Macht der staatlichen Finanzverwaltung berücksichtigt¹². COSATU verfolgte eine Strategie des *strategic unionism* in den 1990ern, indem sie trachtete ihre Organisationsmacht und Mobilisierungskapazität zu kanalisieren, um nationale, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen zu gestalten (COSATU 1997). Das führte sie erfolgreich auf einen korporatistischen Weg, der sein Ziel in Sozialpakten mit dem Staat und Konzernen erkannte. Ebenso wurde COSATUs politische Nähe zum ANC zementiert. Aber die Grenzen wurden rasch offensichtlich, als COSATU sich intensiv bemühte, der

¹⁰ Matuma Letsoalo, ‚Cosatu report hammers „self-serving“ ANC‘, Mail & Guardian, 9 August 2012. Available at <http://mg.co.za/article/2012-08-09-report-hammers-self-serving-anc>.

¹¹ Die bewundernswerten Verbesserungen im Arbeitsleben in der Mitte der 1990er hinderten private Arbeitgeber nicht, neue Wege zur Umgehung dieses Regelwerks zu beschreiten; prekäre Beschäftigungslage wurde zunehmend zur Normalität. Vergl. chapter 6 in Marais (2011).

¹² Auch gehen tiefgreifende Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse vor sich. Die Mehrheit der COSATU-Mitglieder sind als Facharbeiter, im Aufsichtsbereich oder im Büro tätig, insbesondere seit den erfolgreichen Mitgliederwerbungen der 1990er unter Arbeitern im öffentlichen Sektor (Pillay 2008). Die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft ist deutlich mit höheren Löhnen verbunden. In der ersten Hälfte der 2000er verdienten Gewerkschaftsmitglieder im Durchschnitt dreimal so viel wie gleich qualifizierte Nichtmitglieder (Casale und Posel 2009). Andere Kommentatoren wiesen auf das Entstehen von *entrepreneurial unionism* hin, was die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern nachhaltig trübt. (Buhlungu 2006a).

sich schnell entwickelnden Allianz zwischen dem Post-Apartheid-Staat und dem Kapital Einhalt zu gebieten.¹³

COSATUs Fähigkeit, wirksame Zugeständnisse außerhalb eines korporatistischen Rahmens zu erzielen, ist auch beschränkt. Das würde neue, breitere Allianzen erfordern, aber COSATU ist nicht in der Lage gewesen, seine Stoßkraft durch Einbindung anderer sozialer Bewegungen zu verstärken. In der Folge ist der ANC davon ausgegangen, dass das strukturelle Gewicht COSATUs und damit auch die politische Macht sich so vermindert haben, dass sie im Grunde zu einer „Interessengruppe“ abgewertet kann. In der wohligen Umarmung mit dem ANC schlug in den frühen 2000ern die SAPC den Weg der Vermeidung heterodoxer linker Tendenzen ein. Sie hielt sich eng an die Traditionen der demokratischen Mitte und verfolgte weiterhin ihre unzeitgemäß gewordene Taktik aus der Zeit des Eintritts in die Politik. Sie spielte eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung Zumas im Kampf gegen Mbeki und sie wurde mit beachtlichen Posten in Regierung und Verwaltung belohnt. Dennoch hält sich ihre Bereitschaft zu Radikalismus in Grenzen. Die Partei scheint stärker auf Teilnahme als auf Entschlossenheit bei der Ausübung der Macht eingestellt. Die Linke – alt und neu – ist im Grunde an den Rand gestellt und hat wenig Gestaltungswillen in den letzten 15 Jahren vorzuweisen.¹⁴

7 (Wieder-)Aufbau von Konsens

Eine Gesellschaft mit den derzeitigen Merkmalen Südafrikas – sehr hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, weit verbreiteter prekärer Lebensstandard und vielfache Ungleichheit – hat nicht die materielle Basis für den Aufbau von dauerhaftem Konsens und Legitimität. Es ist daher eine zentrale Herausforderung für den ANC und den Staat, einer Autoritätskrise so schnell wie möglich vorzubeugen, in der alle Arten von grundlegenden Vorschlägen zur Ausrichtung des Staates, zur Verteilung von Zugängen, zu den Grenzen einer möglichen Transformation in einem Aufschrei von Polemiken und Herausforderungen explodieren. Das erzwingt stärker normativ und moralisch ausgerichtete Politik und emotionale Bindungen, die Zwietracht zum Schweigen bringen und zerstörerische Energien in beherrschbare Bahnen kanalisieren können.

¹³ Seine Erfolge zeigten sich hauptsächlich an zwei Fronten: Einschränkung der verstärkten Tendenz zur Privatisierung und Unterstützung von Kampagnen zur kostenlosen Behandlung von HIV-Infizierten mit antiretroviralen Medikamenten. Beide Erfolge wurden in den frühen 2000ern erzielt.

¹⁴ Eine wesentliche Ausnahme muss festgehalten werden: der Erfolg der anlassgesteuerten Kampagne, in den frühen 2000ern eine kostenlose HIV-Behandlung von der Regierung zu erzwingen. Das wurde mit einer hochmobilen, extensiv vernetzten und taktisch geschickten Bewegung erreicht, die den ANC, die Regierung und den Staat konfrontieren und einbinden konnte. The Treatment Action Campaign (TAC) war im Rahmen der Aktivitäten der Nationalen Befreiungsbewegung (besonders unter Berücksichtigung von historischen, symbolorientierten und moralischen Leitlinien) aktiv. Bedauerlicher Weise sind Versuche gescheitert, dieses Experiment in eine breite Bewegung für soziale Gerechtigkeit umzuwandeln. Eine genauere Darstellung der TAC, vgl. Friedman und Mottiar (2006).

Die einigende und disziplinierende Kraft des Nationalismus bleibt ein zentraler ideologischer Faktor beim Wandel Südafrikas. Die Erscheinungsformen von Nationalismus, die sich bisher zeigten, haben weit um sich gegriffen. Besonders während des Zwischenspiels einer *Rainbow Nation* in der Mitte der 1990er Jahre war das Verständnis von „Zugehörigkeit“ unverbindlich. Es bedeutete eine verpflichtende kosmopolitische Basis für das Südafrika der Post-Apartheid, rund um das Prinzip „leben und leben lassen“. Abstrakt betrachtet, und für viele SüdafrikanerInnen, erscheint das sehr ansprechend. Aber heute könnte das in der Politik weniger brauchbar sein als vor 15–20 Jahren, als es zur Herstellung von Stabilität und einer Plattform der Legitimität des Post-Apartheid-Staates diente. Es gibt einleuchtende Gründe, warum wahrscheinlich neue Formen des Nationalismus im nächsten Jahrzehnt entstehen werden, vielleicht angetrieben von rassistischem und ethnischem Chauvinismus, mit engen und anspruchsvollen Interpretationen von Kultur und Tradition, mit Antipathien gegen den „fremdartigen Luxus“ einer liberalen Regierungsform.

In voller Entfaltung könnte so ein Vorgehen einen Rahmen schaffen, Unzufriedenheit zu dämpfen und politisches Handeln und Planen in ein verklärtes geschichtliches Narrativ zu platzieren. Aber es würde Verwicklungen in rasante und zweifelhafte Auseinandersetzungen über Authentizität und Identität mit sich bringen. Wer gehört dazu? Wer hat Rechte und Zugänge? Wer ist ein „echter“ Südafrikaner bzw. eine „echte SüdafrikanerIn – oder AfrikanerIn?“ Auf welchen Grundlagen und Regelungen beruht das? Das sind hochwichtige Fragen; sie dominieren nicht die „höfliche“ gesellschaftliche Kommunikation, aber sie lauern überall. Die *grassroots*-Pogrome von 2008 gegen WanderarbeiterInnen und MigrantInnen aus anderen afrikanischen Ländern waren ein explosiver Ausdruck der Leidenschaften, die solche Fragen erwecken.¹⁵

Vorstellungen von Sitte und Tradition würden markant hervortreten. Sie werden bereits in eher förmlichen Darstellungen von Autorität und Macht eingebracht. Die Kräfte, die in den frühen 2010ern in traditionelle Autoritäten investiert wurden, stellen einen wichtigen Aspekt dieses Wechsels dar, sie markieren bewusste Versuche des ANC, seine Autorität mit Hilfe von traditionellen Führungsorganen auszuweiten und zu verstärken. Die Dualität „Bürger – Untertan“ (Mamdani 1996), der in den oberen Etagen des ANC zunächst Widerstand entgegengebracht wurde, ist in Südafrika zu regem Leben erwacht. Die Autorität der traditionellen Führungsorgane auf dem Land ist ausgeweitet worden, was die lange bestehenden Ansprüche vieler Familien, von Einzelpersonen und sonstigen Gruppierungen untergräbt. In einigen Fällen wurden Dorfbewohner Anordnungen dieser Führungsorgane unterworfen, zu denen sie in der Vergangenheit keinen Bezug hatten. Viele der Aufgabengebiete der nun etablierten Stammesautoritäten waren *de facto* vom Apartheidstaat aufgezwungen. Sie brachten etwa die Umsiedlung und zwangsweise Aussiedlung von Menschen mit sich (Peters 2009). Nebst den Bestrebungen, Nachrichtenmedien zu

¹⁵ Hein Marais, „Learning from the pogroms“, Amandla!, August/September 2008, S. 16–17.

knebeln und den Kampagnen zur rigorosen Verbrechensbekämpfung¹⁶ in der letzten Zeit sind diese Zustände ein Teil der Anfangsschritte weg von der Verfassungsmäßigkeit, die den Wandel Südafrikas ja begründet und ausgezeichnet hat.

Vor diesem Hintergrund erhellt sich das düstere Phänomen des früheren *ANC-Youth League*-Anführers Julius Malema. Er ist jetzt vom ANC ausgeschlossen worden und es werden gegen ihn Erhebungen wegen Steuer- und anderer vermuteter Delikte geführt; sein Stern ist verblasst. Aber bereits 2011 reihte ihn die Zeitschrift *FORBES* unter die einflussreichsten Männer Afrikas.¹⁷ Mehrere Jahre hielt er das Land in Atem mit einer Mischung aus forschenden chauvinistischen Parolen und Rufen nach radikalem Wandel (unter anderem auch Verstaatlichung des Bergwerkswesens). Er war die erste markante politische Erscheinung im Südafrika der Postapartheid. Er versuchte aus der Unzufriedenheit der riesigen jungen Unterklasse Kapital zu schlagen, junger Leute, die nicht nur arm und arbeitslos sind, sondern auch wissen, dass sie kaum Aussicht auf ein Entkommen aus diesen Verhältnissen haben.

Malema wurde in den Medien lächerlich gemacht und hätte seinen Aufstieg nicht ohne den Rückhalt von einflussreichen Persönlichkeiten in den höheren Ebenen des ANC bewerkstelligen können. Bis vor kurzem begegneten ANC-Führungspersonlichkeiten seinen Possen mit väterlicher Nachsicht. Niemand Geringerer als Zuma pries ihn als gute Führungsperson (*good leader*), der die Menschen versteht; er salbte ihn sogar als zukunftssträchtige Führungsperson (*leader in the making*). Er war nützlich als Repräsentant von Gefühlen, die für ältere Politiker als heikel oder unangemessen gelten. Schließlich aber entfernte sich Malema zu weit vom Drehbuch. Er versuchte, sich als Königsmacher im ANC aufzuspielen. Gegen Ende 2011 entschied das Führungsgremium, dass die Zeit seiner Nützlichkeit abgelaufen war.¹⁸ Er hatte als Testkandidat gedient, als Prototyp eines Populisten, der provokanten Chauvinismus mit posierendem Radikalismus auf eine Art kombinierte, die den Statisten des südafrikanischen Kapitalismus vage Erleichterung versprach; damit erleichterte er auch das Vorankommen einer neuen schwarzen Elite. In zunehmender Entfernung von vielen Idealen, die den ANC zur Macht getragen hatten, und auf der Suche nach neuen Wegen Konsens und Autorität wieder herzustellen, konnte er von solchen Auseinandersetzungen profitieren.

¹⁶ Aus einsichtigen Gründen waren die Südafrikaner für lange Zeit Polizei- und Justizeinrichtungen gegenüber ambivalent eingestellt. Sicherlich ist die Polizeiautorität in vielen Gemeinden schwach (Steinberg 2009). Aber die landesweit hohe Kriminalitätsrate – besonders bei Gewaltverbrechen – hat ein tiefes Verlangen nach körperlicher Sicherheit und *Law and Order* bewirkt, selbst wenn das gelegentlich zu überzogenen Methoden führt.

¹⁷ „Forbes magazine ranks Malema as one of Africa’s most powerful young men“, *Business Day*, 15 September 2011.

¹⁸ Vom ANC ausgeschlossen, gelang ihm nichtsdestoweniger ein *Comeback* in den Wochen des Marikana Massakers. Er fand Zugang zu den Minenarbeitern, indem er die Führungsschicht des ANC verurteilte und zur Verstaatlichung aufrief. Es war jedoch von kurzer Dauer.

8 Paradoxe

Das alles fügt sich zum Bild einer Partei an der Macht, die trotz ihrer Vormachtstellung von innen wie außen mit Entzauberung konfrontiert ist. Die Mitte-rechts-Partei DA (*Democratic Alliance*) vergrößert ihren Stimmenanteil, und die Splitterpartei COPE ist schnell zur drittgrößten Partei geworden. Bei den Wahlen 2009 hatte die DA 16,7% Stimmenanteil und COPE kam auf 7,4%. Das sind wichtige Entwicklungen, aber sie sollten nicht überschätzt werden. Der ANC errang 65,9% der Stimmen.¹⁹ Die restliche Parteienlandschaft hat sich mehr oder weniger aufgelöst. Von den 23 anderen wahlwerbenden Parteien bei den Wahlen 2009 errang lediglich eine (die implodierende *Inkatha Freedom Party*) mehr als 1% der Stimmen. DA und COPE nehmen nicht nur dem ANC Stimmen weg, sondern auch anderen Parteien.

Diese Trends setzten sich bei den Kommunalwahlen 2011 fort, der ANC verlor in allen Provinzen außer in KwaZulu-Natal.²⁰ Dennoch gewann er 62% aller Stimmen, in einer Wirtschaft, die 2009 mehr als eine Million Arbeitsplätze verloren hat (insgesamt 6%) und bei anhaltenden Protesten der Bevölkerung. Meinungsumfragen weisen darauf hin, dass der WählerInnenanteil des ANC sich seither weiterhin vermindert hat, dass er aber bei den Wahlen 2014 wahrscheinlich mehr als 60% betragen wird. Bis zum Eintritt praktikabler politischer Alternativen – dafür gibt es derzeit keine Anzeichen – wird er weiterhin das Wahlverhalten und den Staat dominieren.

Ein vielsagenderer Trend ist vielleicht das steigende Desinteresse der Wähler. Die Wahlbeteiligung lag zum Beispiel 2009 bei beachtlichen 76%. Aber viele WählerInnen ließen sich entweder nicht registrieren oder blieben der Wahl fern. Ungefähr 7 Mio. von Südafrikas 30 Mio. Wahlberechtigten ließen sich nicht registrieren. Von den 23 Mio. Eingetragenen stimmten 5,4 Mio. am Wahltag nicht ab, das ist beinahe ein Viertel der Wahlberechtigten. Andererseits ließen sich 2009 2,5 Mio. mehr als 2004 in die WählerInnenlisten eintragen. Die Wahlbeteiligung von 57,6% bei den Kommunalwahlen 2011 war der höchste Wert seit den ersten Lokalwahlen 2000.

Die Geschichte ist also komplexer als bloße wahlarithmetische Hinweise auf das unaufhaltsame Abrücken der Bevölkerung vom ANC oder die Entfremdung von ihm. Einige Meinungsumfragen ergeben, dass sich der Prozentsatz der SüdafrikanerInnen, die sich eng mit dem ANC identifizieren, 2011 höher war als in den frühen 2000ern (aber seit Mitte der 2000er Jahre zurückgegangen ist).²¹ Dieselben Umfragen besagen, dass der Prozentsatz

¹⁹ Der ANC-Anteil an der Gesamtstimmenanzahl schrumpfte gegenüber den Wahlen von 2004, aber rund 800.000 Wähler mehr als bei den vorangegangenen Wahlen entschieden sich für ihn. Die Gewinne kamen zum Großteil aus der Provinz KwaZulu-Natal und hauptsächlich auf Kosten der *Inkatha Freedom Party*.

²⁰ Die *Democratic Alliance* erhöhte ihren Anteil auf 24%.

²¹ Von 2400 Befragungsteilnehmern, die sich mit einer politischen Partei identifizierten, erklärten sich 2011 44% mit dem ANC verbunden (ein Mehr von 33% im Jahr 2000, aber ein Rückgang von 52% im Jahr 2006). Die Unterstützung der DA stieg von 3% in den frühen 2000ern auf 10% 2011 – aber der meiste Zuwachs erfolgte auf Kosten anderer Mitte-rechts-Parteien. Afrobarometer [2012](#)

der SüdafrikanerInnen, die sagen, sie seien mit einer politischen Partei sehr verbunden, seit den späten 1990ern aufgenommen hat.²²

Der Anteil an WählerInnen des ANC geht zurück, aber nicht stark genug, um seine Dominanz zu bedrohen. Diese mag mittlerweile die Apathie der WählerInnen vorantreiben; warum denn auch wählen, wenn es keine vernünftige Alternative gibt? In *low intensity democracies* (ein Ausdruck, der für einen Großteil der industrialisierten Welt passt) bringt solche Antriebslosigkeit keine Alarmglocken zum Läuten, solange BürgerInnen in anderen Gesellschaftsbereichen fügsam bleiben. Aber in Südafrika sind NichtwählerInnen nicht automatisch apathische BürgerInnen. Südafrika hat einen vergleichsweise festen Grundstock an demokratischen Einrichtungen und Kanälen, und daher gibt es viele Möglichkeiten für Aktivismus. Am auffälligsten sind Demonstrationen, die vielfach jeden Monat in Armenvierteln (und anderswo) aufflammen (vgl. Celik in diesem Band).

Besonders die Linke interpretiert die Proteste oft als aufkommende „Rebellion der Armen“.²³ Man glaubt weithin, dass Proteste in den letzten Jahren an Intensität und Häufigkeit zugenommen haben. Politische Statistiken berichten, dass zwischen 2011 und 2012 knapp drei Protestaktionen täglich stattfanden, ein Zuwachs gegenüber 2,1 pro Tag zwischen 2004 und 2009.²⁴ Die gelegentlich intoleranten Reaktionen von Behörden und ANC-RepräsentantInnen scheinen obige Interpretation zu bestätigen. Es gibt einen ansteigenden Trend zu bewaffnetem und aggressivem Vorgehen gegen DemonstrantInnen.

Mehrere neue gesellschaftliche Gruppierungen haben versucht, sich auf die sichtlich anwachsende Unzufriedenheit zu konzentrieren. Sie sind sehr unterschiedlich, aber im Allgemeinen versuchen sie, arme Bezirke zu mobilisieren und zu organisieren, indem sie Fehler der staatlichen Planung und Verwaltung an den Pranger stellen (Habib 2005; Marais 2011). Die meisten sind klein, viele sind örtlich beschränkt, und nahezu alle hängen stark vom Einsatz und den Ressourcen einer Handvoll AktivistInnen ab. Sie schießen beim Versuch der Überbrückung ihrer örtlichen Beengtheit und weiter greifenden Inhalten über ihre Ziele hinaus. Sie haben nicht die Möglichkeit von Verbindungen und Allianzen mit den großen „alten“ sozialen Bewegungen, wie zum Beispiel den Gewerkschaften. Sie sind nicht in der Lage sich die politische Dynamik und die Symbolik des Apartheidkampfes zuzulegen, sie verharren scheinbar am Rand.²⁵ Aber die Demonstrationen bedienen sich trickreich der Möglichkeiten, die Aufmerksamkeit der Medien zu gewinnen, und das hat zum Aufbau von Verständnis für die anschwellende Unzufriedenheit beigetragen.

In Wahrheit ist nichts Genaues über die südafrikanischen Protestbewegungen bekannt, auch nicht über die Gründe, warum sie protestieren; bekannt ist lediglich, dass es viele und verschiedenartige Gründe sind. Das vorhandene Wissen darüber wirft jedoch Zweifel

²² *Ibid.*

²³ Vgl. z.B. Peter Alexander, ‚A massive rebellion of the poor‘, Mail & Guardian, 13 April 2012.

²⁴ *Ibid.* Das schließt friedliche Proteste aus, von denen viele auf Arbeitsstreitigkeiten zurückgehen.

²⁵ Vgl. z.B. Buhlungu (2006b).

an einer simplifizierenden Vorstellung einer sich einfach ausbreitenden Widerstandsbewegung auf. Die nationalen Afrobarometer Umfragen weisen zum Beispiel darauf hin, dass der Prozentsatz jener AfrikanerInnen zurückgeht, die angeben, sie würden sich an einem öffentlichen Protest beteiligen. Die jüngste Umfrage (2011) zeigte, dass Menschen, die tatsächlich an Demonstrationen teilnehmen, eher der Meinung sind, sie erweckten damit die Aufmerksamkeit ihrer politischen Vertreter, sie würden eher zusätzliche Maßnahmen setzen, um sich Gehör zu verschaffen.²⁶ Das bedeutet, dass viele Protestierende mehr Mitbestimmung (*voice*) und Teilhabe fordern, wobei ihr Hauptanliegen nicht so sehr die Kritik an den Autoritäten ist wie das Verlangen nach verantwortlichem Handeln.

Der Anstoß für ein Narrativ von entstehender Revolte überdeckt die banale Tatsache, dass das Verhältnis des Volkes zur Autorität nicht zu einem binären Muster (für/gegen; innen/außen) tendiert. Es ist nuanciert, und es verändert sich ständig. Sehr selten erstarrt es zu unzweideutiger, bedingungsloser Zustimmung oder Ablehnung. Im aktuellen Fall Südafrika schließt der offensichtliche Widerstand gegen die Autorität nicht selten das Verlangen nach Intervention und Hilfe mit ein. Paradoxe Weise können Proteste auch vorsichtig Vertrauen ausdrücken, dass Missstände gehört und behoben werden. Genau das ist aber die entmutigende Herausforderung für den ANC: Wie sollen öffentliche Missstände angegangen und behoben werden in einer Wirtschaft, die strukturell nicht fähig ist, Beschäftigungsmöglichkeiten im verlangten Ausmaß und unter annehmbaren Bedingungen herzustellen und das mit einem Staat, der Schwierigkeiten hat, BürgerInnen vorhersehbar, wirksam und fair zu versorgen, besonders auf lokaler Ebene; und das als Partei, die eine so disparate Fülle von Interessen, Ideologien und Idealen verkörpert, dass sie in einem Wirrwarr von Tendenzen aufgehen. Ideologisch ist der ANC verschwommen und inkohärent, ein Trend, den er mit vielen anderen sozialdemokratischen Parteien gemeinsam hat. Die Präsidentschaft Mbekis begünstigte diese Unentschlossenheit und versuchte sie in eine Tugend umzuwandeln. Das Leitbild war eine sich modernisierende Partei, die sich dem Wandel aufgeschlossen zeigt und fähig zu agiler Anpassung ist. Das misslang.

9 Unsicherer Ankerplatz

Die Verankerung der ethischen und ideologischen Basis des ANC ist heute schwankend. Die Verstrickung der Partei (im Rahmen ihrer Investmentausrichtung) und einer beträchtlichen Zahl ihrer AmtsträgerInnen in profitorientierte Unternehmungen begünstigen die Logik und die Imperative des Markts, während die Ziele sozialer Gerechtigkeit in den Schatten rücken. Beinahe ein Drittel der Angehörigen des Nationalen Exekutivkomitees des ANC (NEC) sind zugleich DirektorInnen von *Black Economic Empowerment Companies* (vgl. Hachmann in diesem Band). Einflussreiche Sektoren des ANC hegen Sympathie, wenn nicht Solidarität für eine Politik, die den Markt vor die Gesellschaft setzt. Die Folgen für ein Projekt der Transformation sind augenscheinlich. Die Partei beherrscht

²⁶ Lavery 2012.

das politische System, aber sie ist uneinheitlich, wankelmütig und misstrauisch geworden. Vorbei sind die Tage, als ihr schnelles Handeln zur Wahrung innerer Disziplin Ehrfurcht und Hochachtung hervorriefen. Allianzen ändern sich mit dem Wind und Vendetta gleiche Kämpfe werden im grellen Licht der Öffentlichkeit ausgetragen. Dabei dienen staatliche Einrichtungen oft als Arena für Pfründe und Bereicherung. Keiner dieser Umstände erleichtert Vorhaben, politische Autorität und Legitimität zu festigen, besonders in einer Gesellschaft, die nur zum Teil ihre Geschichte der Enteignung und Entrechtung überwunden hat.

Der ANC befindet sich in Lösungsversuchen einer Quadratur des Kreises. Derzeit scheint er mit einem Normengeflecht zu hantieren, das konservativer und zugleich freizügiger ist als in der Zeit Mandelas und Mbekis. Es ist eine Haltung, die gesellschaftlichen Konservatismus (ausgestattet mit den Ideen von Identität, Tradition und Werten) kombiniert mit der Berechtigung und der Möglichkeit zu Gewinnstreben und Maßlosigkeit. Angesichts der Wohlfahrtskrise in der Gesellschaft müsste Großzügigkeit den Armen gegenüber gezielt durchgesetzt werden. Der Versuchung mit populistischem Opportunismus zu spielen, wird schwer zu widerstehen sein. Weitere „Malemas“ werden auftauchen. Der Unterbau dieser Haltung führt zur gefühlsbetonten Selbsteinschätzung des ANC und des Staates als Bollwerk zwischen „Ordnung“ und „Fortschritt“ und andererseits zu „Berechtigungen außerhalb des Gesetzes“.

Das ist vielleicht die Kernbedeutung des Marikana Massakers – einer Salve quer durch die Reihen einer potentiell aufrührerischen Gesellschaft. Es herrscht Übereinstimmung, dass Marikana ein Ereignis war, das einen Wendepunkt in Südafrikas Transformation ankündigte. Viele glauben, es werde eine breite und intensivere Abkehr vom ANC einleiten. Aber es gibt Gründe für eine noch gravierendere Einschätzung des Massakers im August 2012 und der im Allgemeinen lethargischen Reaktion der Regierung.²⁷ In kommenden Jahren werden wir in Marikana weniger einen Endpunkt als eine Bestätigung von lange vorhandenen Trends sehen, als unbeabsichtigten Testfall für einen planmäßigen Einsatz von Staatsgewalt.

Marikana löste eine Kettenreaktion von Streiks und, für kurze Zeit, anderen Protesten aus. Diese Vorfälle sind schwer einzuordnen, aber über offenkundigen Gefühlsausbrüchen schien ein unheimliches entrüstetes „Verstehen“ zu schweben, womit das Massaker eher beklagt als verurteilt wurde. Es kam zu Äußerungen, die Polizei sei schlecht trainiert oder gar in Panik oder eingeschüchtert gewesen. Die Streikenden wurden als unvernünftig und barbarisch dämonisiert.²⁸ Solche moralischen Erwägungen verwandeln Massaker

²⁷ Präsident Zuma kündigte eine Untersuchungskommission innerhalb eines Tages nach dem Massaker an, aber er wartete 6 Tage zu, bevor er den Ort der Schießereien aufsuchte. Die Polizei zeigte sich uneinsichtig, die Reaktion der *National Union of Mineworkers* (ein Zweig der COSATU und enger Verbündete des ANC) war gedämpft. Sie war auch schon kompromittiert durch ihr Versagen bei der Unterstützung der Minenarbeiter, als diese ursprünglich einen Streik zur Verbesserung ihrer Löhne planten.

²⁸ Die Lohnforderungen der Streikenden – eine Erhöhung von ZAR 5000 auf ZAR 12.500, oder US\$ 590 auf US\$ 1470 monatlich – wurden als maßlos abqualifiziert und lächerlich gemacht. Die

in bedauernswerte „Missverständnisse“. Sie bringen auch andere, verborgene Tendenzen zutage. Es wäre denkbar, dass quer durch die Gesellschaft ein viel stärkeres leidenschaftliches Verlangen nach *Law and Order* kursiert als allgemein angenommen. Der Hang der SüdafrikanerInnen zu Klage und Protest ist evident, aber die Ereignisse vom August 2012 lassen noch einen anderen Aspekt hervortreten. „Was sonst erweist die wahre Macht einer Regierung“, fragt eine der tiefer greifenden Analysen von Marikana, „als ihre stillschweigende Fähigkeit, sich von Zeit zu Zeit von gesetzlichen Detailregelungen wie dem Versammlungs- und Streikrecht und dem Recht zu atmen auszunehmen“?²⁹ Wenn man von der voraussichtlichen Zunahme sozialer Instabilität ausgeht, könnte Marikanas stärkste Lehre sein, dass in der südafrikanischen Gesellschaft ein viel stärkerer Diskurs der Notwendigkeit eines Staates als Schutzwall gegen „Gesetzlosigkeit“ und „Aufruhr“ aufkam als allgemein angenommen³⁰, der weit von einem Kurs abweicht, den fortschrittlich Denkende mit Emanzipation assoziieren.

Literatur

- Afrobarometer (2012): Partisanship, participation and national identity: March 2012 summary of results for South Africa, Afrobarometer Round 5, March. Available at http://www.idasa.org/media/uploads/outputs/files/2012_afrobarometer_briefing_citizenship_and_partisanship.pdf.
- BBC (2012): SA miners charged with murder' (31.08.2012): www.bbc.co.uk/news/world-africa-19432600.
- Banerjee, A. et al. (2006): Why has unemployment risen in the new South Africa? Centre for International Development Working Paper No 134, October, Harvard University.
- Bond, P. (1999): *Elite Transition: From Apartheid to Neoliberalism in South Africa*, Pluto Press, London.
- Bradshaw, D. et al. (2008): Every death counts: use of mortality audit data for decision making to save the lives of mothers, babies, and children in South Africa, *Lancet*, Vol. 371, pp. 1294–1304.
- Buhlungu, S. (ed.) (2006a): *Trade Unions and Democracy: COSATU Workers' Political Attitudes in South Africa*, HSRC Press, Pretoria.
- Buhlungu, S. (2006b): Upstarts or bearers of tradition? The Anti-Privatisation Forum of Gauteng, in Ballard, R., Habib, A., Valodia, I. (eds.) *Voices of protest: Social movements in post-apartheid South Africa*, University of KwaZulu-Natal Press, Pietermaritzburg.
- Casale, D. & Posel, D. (2009): *Unions and the gender wage gap in South Africa*, Working Paper No. 113, School of Development Studies, University of KwaZulu-Natal.

Medien waren voll mit Geschichten, nach denen die Arbeiter einen „Hexendoktor“ konsultiert hatten, der sie vor dem Angriff auf die Polizei mit Macheten und anderen Waffen unbesiegbar machen sollte. Es dauerte Wochen, bis die Namen der Toten in den Medien veröffentlicht wurden. Sogar die Missbilligung der Vorgänge war von einem Unterton des *Othering* getragen.

²⁹ Heinrich Bohmke, „Marikana: A lesson in late liberal democracy“, *The Africa Report*, 22.08.2012.

³⁰ Interessanter Weise sagten bei einer Befragung ein Jahr vor dem Massaker 58 % der interviewten Südafrikaner, sie würden niemals an Protesten teilnehmen, der höchste Prozentsatz seit den späten 1990ern. Vgl. Jerry Lavery, „Protest and political participation in South Africa: Time trends and characteristics of protestors“, Afrobarometer Briefing Paper No. 102, May 2012. Available at http://www.afrobarometer.org/files/documents/briefing_papers/afrobrieftno102.pdf.

- Casale, D., Muller, C., Posel, D. (2005): Two Million Net New Jobs: A Reconsideration of the Rise in Employment in South Africa, 1995–2003, DPRU Working Paper no. 05/97, Development Policy Research Unit, University of Cape Town.
- Centre for Applied Legal Studies [CALS] (2008): Submission to Parliament on Free Basic Water, August, University of Witwatersrand, Johannesburg. Available at <http://www.pmg.org.za/files/docs/080813cals.doc>.
- Coovadia, H. et al. (2009): The health and health system of South Africa: historical roots of current public health challenges, *Lancet*, Vol. 374 No. 9692, pp 817–834.
- COSATU (1997): Report of the September Commission, COSATU, Johannesburg.
- Feinstein, A. (2007): After the party: A personal and political journey inside the ANC, Jonathan Ball Publishers, Johannesburg.
- Fine, B. & Rustumjee, Z. (1996): The political economy of South Africa: From Mineral-Energy Complex to industrialization, Hurst & Co., London.
- Friedman, S. & Mottiar, S. (2006): Seeking the high ground: The Treatment Action Campaign and the politics of morality. In: Ballard, R., Habib, A., Valodia I. (eds.) *Voices of protest: Social movements in post-apartheid South Africa*, University of KwaZulu-Natal Press, Pietermaritzburg.
- Gevisser, M. (2007): Thabo Mbeki: The dream deferred. Jonathan Ball, Johannesburg.
- Gumede, W. (2005): Thabo Mbeki and the battle for the soul of the ANC, Zebra Press, Cape Town.
- Gwagwa, L. & Everatt, D. (2005): Community-driven development in South Africa, 1992–2004, Africa Region Working Paper Series No. 92, October, World Bank.
- Habib, A. (2005): State-civil society relations in post-apartheid South Africa, *Social Research*, Vol. 72 No. 3, pp. 671–692.
- Hirsch, A. (2005): Season of Hope: Economic Reform Under Mbeki and Mandela, University of Kwazulu-Natal Press, Pietermaritzburg.
- Kapp, Clare (2009): South Africa heads into elections in a sorry state of health, in: *Lancet*, Vol. 373, 24 (Januar).
- Kingdon, G. & Knight, J. (2005): Unemployment in South Africa, 1995–2003: Causes, problems and policies, Global Poverty Research Group. Available at <http://www.gprg.org>.
- Lavery, J. (2012): Protest and political participation in South Africa: Time trends and characteristics of protestors, Afrobarometer Briefing Paper No. 102, May, Afrobarometer, Cape Town. Available at http://www.afrobarometer.org/files/documents/briefing_papers/afrobrieftno102.pdf.
- Makgetla, N. S. (2005): Development and underdevelopment in context. In: Edigheji, O., (ed.) *Trajectories for South Africa: Reflections on the ANC's 2nd National General Council's discussion documents*, Pecial edition of Policy: Issues and Actors, Vol. 18, No. 2, Centre for Policy Studies, Johannesburg, pp. 27-33
- Mamdani, M. (1996): *Citizen and Subject: Contemporary Africa and the Legacy of Late Colonialism*, Princeton University, Princeton.
- Marais, H. (2011): *South Africa pushed to the limit: The political economy of change*, Zed Books, London.
- Marinovich, Greg (2012): Marikana: A cover-up for all to see, in *Daily Maverick* (06.11.2012): <http://dailymaverick.co.za/opinionista/2012-11-06-marikana-a-cover-up-for-all-to-see>
- Medical Research Council (2012): Rapid mortality surveillance report 2011, August, Medical Research Council of South Africa, Cape Town.
- Meth, C. (2007): What is pro-poor growth? What are some of the things that hinder its achievement in South Africa? Research report prepared for Oxfam GB, May, Johannesburg.
- Mohamed, S. (2010): The state of the South African economy. In: Daniel, J., Naidoo, P., Pillay D., Southall, R. et al. (eds.) *South Africa review 2109*, Wits University Press, Johannesburg.
- Peters, P.E. (2009): Review of Land, power and custom, *Journal of Peasant Studies*, Vol. 36 No. 2.
- Pillay, D. (2008): COSATU, the SACP and the ANC post-Polokwane: Looking left but does it feel right?, *Labour, Capital and Society*, Vol. 41 No. 2, pp. 5–37.

- Seekings, J. (2006): Facts, Myths, and Controversies: The Measurement and Analysis of Poverty and Inequality after Apartheid, Paper prepared for the After Apartheid Conference, 11th–12th August, Cape Town.
- Statistics SA (2009): General household survey 2008, Statistical release P0318, September, Statistics SA, Pretoria.
- Statistics SA (2008a): Income & Expenditures of Households 2005/2006: Analysis of results, Statistics South Africa, Pretoria. Available at <http://www.sarpn.org.za/documents/d0003023/index.php>.
- Statistics SA (2008b): General Household Survey 2007, Statistical release P0318, September, Statistics South Africa, Pretoria.
- Statistics SA (2005): Labour Force Survey, Statistics SA, Pretoria.
- Steinberg, J. (2009): Thin blue: The unwritten rules of policing South Africa, Cape Town, Jonathan Ball.
- Terreblanche, S. (2012): Lost in transformation: South Africa's search for a new future since 1986, KMM Review Publishing, Johannesburg.

Dr. Hein Marais ist südafrikanischer Schriftsteller, Journalist und Autor der Bücher „South Africa Pushed to the Limit: The political economy of change“ (Zed Books & UCT Press 2011) und „South Africa: Limits to Change – The political economy of transition“ (Zed Books, 1998 & 2001), sowie von „To the Edge“ (eine Studie der AIDS Policy im Post-Apartheid Südafrika, publiziert vom Centre for the Study of AIDS, 2000), „Buckling: The impact of AIDS in South Africa“ (Centre for the Study of AIDS, 2005), und zahlreichen Buchkapiteln, Essays und Artikeln.

Das politische System Südafrikas
de la Fontaine, D.; Müller, F.; Hofmann, C.; Leubolt, B.
(Hrsg.)
2017, XVI, 487 S. 9 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-531-18476-0